

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Geschieht jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
bei Post 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stützpunkt)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 25.

Berlin, Mittwoch, 27. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Streikgesetz. — An die in der Holzindustrie Deutschlands beschäftigte Arbeiterschaft. — Der britische Arbeitsmarkt im Jahre 1906. — Zum Verbandstage. — Unerwünschte Anträge. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Ein Streikgesetz.

Der Pariser Streik der Elektricitätsarbeiter hat den Amtsrichter Reinsch in Greifenberg veranlaßt, die Frage aufzuwerfen, ob sich nicht geeignete Mittel finden ließen, um solchen Streiks, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch die Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft auf das schwerste schädigen, wirksam zu begegnen. Die mit dem Fortschritt der Kultur unaufhörlich fortschreitende Arbeitsteilung verlange immer zwingender die allgemeine Anerkennung der Solidarität aller menschlichen Arbeitskräfte. So lange aber die Ueberzeugung von dieser Wahrheit noch nicht allgemein geworden und hierdurch eine gewisse Stetigkeit des Wirtschaftslebens gewährleistet sei, müsse der Staat bei der großen Bedeutung der Sache von den ihm zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln Gebrauch machen, um sowohl vorbeugend als auch erziehlich zu wirken. Hierfür könne einwilligen nur das Strafmittel in Frage kommen. Der Herr Amtsrichter hat denn auch bereits den Entwurf zu einem Strafgesetz verfaßt. Hier ist er:

Wer in einem wirtschaftlichen Betriebe des Staats oder einer unter Staatsaufsicht stehenden Verwaltung oder in einem gemeinnützigen oder hauptsächlich auf die Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse gerichteten Privatbetriebe in bewusster Gemeinschaft mit andern ohne eine mindestens eine Woche vorher dem Dienstberechtigten gegenüber erfolgende Ankündigung unberechtigt die Leistung der übernommenen Dienste einstellt (Streik), wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Es kann außerdem bei wiederholtem Rückfall auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und bei Jugendlichen unter 18 Jahren die Unterbringung in einer Heilanstalt Erziehungsanstalt bis zur Dauer von einem Jahre angeordnet werden.

Der Herr Amtsrichter geht gleich aufs Ganze! 1000 Mk. Geldstrafe, 1 Jahr Gefängnis oder 1 Jahr Erziehungsanstalt und womöglich auch noch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, dem, der da streikt. Mehr kann man von einer „Eingebung“ des Augenblicks nicht gut verlangen. Die Formulierung des Gesetzesworts, so wird noch hinzugesetzt, mache nicht den Anspruch, „allen Interessen“ gerecht zu werden. Das will sagen, daß der Herr Reinsch bereit ist, auch noch weiter zu gehen, als er es hier schon getan hat. Und recht weit geht er schon jetzt, wie das seine weiteren Ausführungen deutlich zeigen:

Nur soweit die Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft interessiert ist, darf ein Zwang auf die Dienstleistungen des Einzelnen ausgeübt werden. Dies trifft ohne weiteres zu auf alle Betriebe des Staats und der unter seiner Aufsicht stehenden Verwaltungen (z. B. der Eisenbahnen). Daß hier der Zwang in einer möglichst allen Anforderungen gerecht werdenden Weise gehandhabt wird und deshalb zu pflanzlichen Arbeitseinstellungen wohl selten ein begründeter Anlass vorliegt, dafür wird schon Vorange getroffen durch die Parlamentskontrolle und bei den Eisenbahnen, außerdem durch die Staatsaufsicht und durch die Kontrolle selbst ihrer eigenen Verordnungen. Aber nur die

wirtschaftlichen Betriebe kommen hier in Betracht. Denn in den anderen Verwaltungszweigen sind hinsichtlich der Beamten die Disziplinarregeln zur Sicherung des Dienstes ausreichend. Bei den Privatbetrieben (großen und kleinen) muß — unter dem Gesichtspunkt, daß nur das Interesse der Gesamtheit zu wahren ist — eine Beschränkung auf solche eintreten, die dem gemeinen Nutzen dienen, wie z. B. die Landwirtschaft, die Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, oder die hauptsächlich die Versorgung mit den notwendigen Lebensbedürfnissen, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung usw. zum Gegenstande haben.

Allzuviel Bedenke, in denen noch gestreift werden könnte, dürfte es dann wohl kaum noch geben. Der Kühne Amtsrichter nennt als Beispiel hierfür die Fabriken von Luxusartikeln, auf die das Streikgesetz keine Anwendung finden soll. Wenn alle Betriebe, die direkt oder indirekt für die Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung usw. arbeiten, dem Streikgesetz unterstehen, dann wäre das gleichbedeutend mit der fast vollständigen Beseitigung des Koalitionsrechtes. Allerdings will der Herr Amtsrichter nur solche Fälle ins Auge fassen, in denen mehrere Fälle zusammenwirken, für die Strafbarkeit soll es dann aber schon genügen, wenn die Streikenden sich bewußt sind, daß gleichzeitig mehrere Fälle in Betracht kommen. Es ist nicht recht klar, ob unter den mehreren Fällen „mehrere Streiks“ oder „mehrere Streikende“ gemeint sind.

In der 8-tägigen Frist, so hofft R., liegen sich die schädlichen Wirkungen der Arbeitseinstellung meist vermeiden oder erheblich abschwächen durch Zugeständnisse oder auch durch Beschaffung anderer Arbeitskräfte usw.

Das Kriterium des strafbaren Vorgehens soll in der „unberechtigten“ Arbeitseinstellung liegen. Darunter ist die Einstellung der Arbeit ohne Jancodierung der vereinbarten Kündigungsfrist zu verstehen. Das Gesetz wäre nicht anzuwenden, wenn überhaupt kein gültiges Dienstverhältnis vorläge oder ein wichtiger Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit (§ 126 des B. G. B.) in Betracht käme. Ein erheblicher Eingriff in die persönliche Freiheit soll das vorgezeichnete Gesetz nicht sein, denn die Arbeiter könnten ja auch in Zukunft ohne rechtmäßigen Grund die Arbeit einstellen, wenn sie es nur wenigstens eine Woche vorher ankündigten.

Schließlich hält der Greifensberger Richter es für eine allgemeine Ehrenpflicht, daß jeder nach seinem Teil zum Nutzen der Gesamtheit zu wirken und Schaden von ihr abzuwenden habe.

Wenn die Wohlfahrt des Ganzen ist auch seine Wohlfahrt. Wer daher wiederholt gegen dies fundamentale Gesetz einer jeden Gemeinschaftsverordnung verstoßt, verdient nicht die Segnungen ehelicher Arbeit. Deshalb muß die Möglichkeit gegeben werden, daß in solchen Fällen die bürgerlichen Ehrenrechte abkannt werden können. Etwa sich fern der Augenblicke heraus, daß ihre Handlungsweise auch durch eine mangelhafte Erziehung oder eine sonstige sittliche Verwahrlosung mildernde ist, so fordert es die Rücksicht nicht nur auf die Gesellschaft, der sie nützlich zu sein sollen, sondern auch auf ihre eigene Wohlfahrt, daß in einer Erziehungsanstalt nachgeholt werden kann, was an ihnen bisher verflumt ist.

Mit § 152 der Gewerbeordnung würde das vorgezeichnete Gesetz nicht in Widerspruch treten. Denn dort sind nur solche Strafbestimmungen als unzulässig bezeichnet, die „Verabredungen und Vereinigungen

zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ betreffen. Hier handelt es sich aber um die Art der Bewirtlichung und Ausführung solcher Verabredungen.

Das Arbeitsverhältnis beruht auf dem Privatrecht. Wer den Kontrakt bricht, kann dafür im Wege der Privatklage belangt werden. Wenn aber ein Arbeiter vertragsbrüchig wird, indem er vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit verläßt, dann soll er ins Gefängnis geworfen und um seine bürgerlichen Ehrenrechte gebracht werden. Dieser Lokal ist selbst der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ zu stark, denn sie gibt „die Anregung“ wieder, ohne sich damit „zu identifizieren“.

An die in der Holzindustrie Deutschlands beschäftigte Arbeiterschaft.

Kollegen! Wohl in keinem Beruf haben in den letzten Jahren so bedeutende und hartnäckige Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattgefunden, als dies im Holzgewerbe der Fall war. Diese Kämpfe wurden fast ausnahmslos geführt zum Zweck der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie bezweckten namentlich eine Besserung der vielfach noch überlangen, daher gesundheitlich und gesundheitschädigenden Arbeitszeit, der Erreichung einer, der stetigen Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse entsprechenden Erhöhung des Verdienstes.

Tausende und Zehntausende unserer Kollegen sind an diesen Kämpfen beteiligt gewesen, wochen- und monatelang legten sich die schwersten Entbehrungen auf, und ungeheuer groß waren die Opfer, welche die Organisationen bringen mußten und gebracht haben. Wohl wurden in vielen Fällen diese Opfer nicht umsonst gebracht.

Es muß anerkannt werden, daß sich die sozialen Verhältnisse der Kollegen in einer ganzen Anzahl Städte, ja in ganzen Bezirken gegen frühere Jahre infolge des entschiedenen Eintretens der Organisationen für die geistige und wirtschaftliche Erhebung der Berufscollegen wesentlich gebessert haben. Tatsache bleibt aber, daß trotz all der schon gebrachten Opfer die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für einen großen Teil unserer Berufscollegen in Deutschland noch mehr als inestranige begünstigt werden müssen. Noch heute ist für Tausende und Abertausende unserer Kollegen eine Arbeitszeit von 11 und 12 Stunden täglich üblich, noch heute gibt es viele Kollegen, welche sich mit einem Verdienst von 10, 12 und 15 Mark wöchentlich begnügen müssen.

Wenn man nun bedenkt, welche ungeheure Schädigungen die gewaltigen Lohnkämpfe der gesamten Industrie, und selbst wenn diese für die Arbeiter sehr reich beendet wurden, auch nicht zum wenigsten den Arbeitern selbst gebracht haben, dann ist wohl die Frage berechtigt, ob der bisher eingeschlagene Weg zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der richtige war, ob auf diesem Wege noch weiter gearbeitet werden darf.

Unstreitig stehen in vielen Fällen die für die Kollegen in einem Lohnkampf errungenen Vorteile in keinem Verhältnis zu den Opfern, welche dem Kampf von den an der Bewegung beteiligten Kollegen und den Organisationen gebracht werden mußten, ganz abgesehen von den Kämpfen, in welchen die Kollegen noch wochen- und monatelangen Ausparren zufrieden sein mußten, die Arbeit wieder bindingslos anzufangen zu dürfen.

Aber noch andere Folgen haben diese Arbeitskämpfe gezeitigt. Während die Arbeitgeber infolge dieser Kämpfe sehr bald erkannt hatten, daß sie den Forderungen der Arbeiter am erfolgreichsten entgegenzutreten können, wenn sie zu einer geschlossenen Masse vereint sind, ist bei den Arbeitnehmern das Gegenteil zu konstatieren. Den Arbeitgebern ist es

selungen, sich in wenigen Jahren zu einer ganz Deutschland umfassenden, die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen verfolgenden Vereinigung zusammenzuschließen.

Und die Arbeiter? Der Einfluß, welchen die sozialdemokratische Partei im Deutschen Holzarbeiterverband besitzt, die fortwährende Bekundung der Partei und Gewerkschaft sind eins, sowie die offensichtliche Vertretung des krassesten Klassenkampfstandpunktes verhindern nicht nur eine Einigung unter den Kollegen selbst, sondern machen auch eine Verständigung mit den Arbeitgebern fast zur Unmöglichkeit.

Nun kommt ferner dazu, daß der Deutsche Holzarbeiterverband infolge seiner sozialdemokratischen Tendenzen stets bestrbt war und es sein ausgesprochenes Ziel ist, alle anderen Berufsorganisationen zu vernichten, und die Mitglieder derselben zu sich herüberzuführen. Jedes Mittel ist dem Deutschen Holzarbeiterverband recht gewesen, seinem Ziel näher zu kommen und verschiedene Bewegungen haben gezeigt, daß demselben die Wahrung der Interessen der Kollegen Nebensache ist, wenn es ihm dadurch nur ermöglicht wurde, die an der Bewegung mitteilenden Organisationen recht empfindlich zu schädigen.

Auch die jetzige Berliner Bewegung zeigt, daß dem Deutschen Holzarbeiterverband die Wahrung der Interessen der Gesamtkollegen sehr gleichgültig ist, ihm vielmehr nur daran liegt, zur Alleinherrschaft zu gelangen.

Die Art und Weise, wie der Kampf von Seiten des Deutschen Holzarbeiterverbandes geführt wird, hat wohl dazu beigetragen, die Uneinigkeit unter den Kollegen zu vergrößern und zu vertiefen, hat es aber auch vermocht, daß eine gütliche Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter fast ausgeschlossen ist.

Aus allen diesen Gründen ist es wohl an der Zeit, zu erwägen, ob es nicht möglich ist, das Interesse der Kollegen ebenfalls mit Erfolg zu vertreten, ohne die schweren Schädigungen, welche die fortwährenden Lohnkämpfe über die Arbeiterschaft bringen, aber auch ohne das eine Erbitterung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervorgerufen wird, wie dieselbe jetzt tatsächlich vorhanden ist.

Der Gewerksverein der Deutschen Tischler und verwandten Berufsgenossen hat stets die Ansicht vertreten, daß es sehr wohl möglich ist, auf dem Wege friedlicher Verständigung eine Verständigung zur Erzielung von Tarifvereinbarungen auf längere Dauer zu ermöglichen.

Auch in Arbeitgeberkreisen gewinnt dieser Gedanke immer mehr Anhänger, und schon jetzt zeigen sich in dem Orten bezw. Bezirken, wo es möglich gewesen, eine tarifliche Vereinbarung abzuschließen, die legendreichen Folgen derselben.

Neben der Abschließung von Tarifverträgen muß aber auch die Bildung von gemeinsamen Kommissionen gefordert werden, welchen es obliegt, etwaige in einzelnen Betrieben oder im ganzen Beruf entstehende Differenzen oder vorliegende Mißstände in ruhiger und sachlicher Verhandlung zu schlichten und zu beseitigen.

Auch in dieser Richtung haben die Erfahrungen gezeigt, daß eine Verständigung wohl möglich ist und trotzdem die Interessen und die Ehre beider Parteien, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, gewahrt bleiben.

Dieser Weg der friedlichen Verständigung, der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit unter Anhörung und Berücksichtigung der Interessen beider Teile, sowie die Errichtung von Schlichtungs- und Einigungs-Kommissionen geht zu den Grundprinzipien des Gewerksvereins.

Vorgegen und in der schärfsten Weise ist der vom Gewerksverein eingenommene Standpunkt von den sogenannten „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften bekämpft worden, aber gerade die Borkommnisse, der Verlauf und die Resultate der letzten großen Bewegung unserer Branche, welche vom Deutschen Holzarbeiterverband in Szene gesetzt und geleitet wurden, haben von neuem gezeigt, daß der von jener Seite vertretene Grundgedanke: „Kampf um jeden Preis“ wohl eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft im Gefolge hatte, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aber nicht erreicht wurde. Im Gegenteil. Durch stetes Hervorkehren seines sozialdemokratischen Klassenkampfstandpunktes hat es der Deutsche Holzarbeiterverband erst den Eckstein in der Unternehmerrschafft ermöglicht, den Widerstand der Arbeitgeber auch gegen die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter zu schärfen und zu organisieren.

Unter den Folgen der auf diese Weise durchgeführten Arbeitskämpfe, welche bei Befolgung der Gewerksvereinsprinzipien in vielen Fällen sehr wohl hätten vermieden werden können, müssen aber auch diejenigen Kollegen leiden, welche es bisher unterlassen, sich einer Organisation anzuschließen. Noch sind es Tausende von Arbeitern in den ver-

schiedenen Branchen der Holzindustrie, welche den hohen Wert einer wirklich neutralen Berufsorganisation, welche, frei von allen partei- und wirtschaftlichen Einflüssen, nur der Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder ihr Augenmerk widmen kann, nicht erkannt haben. Sie stehen in ihrer Verblendung der Organisation teilnahmslos gegenüber, nicht ahnend, wie schwer sie sich dadurch an sich selbst, ihrer Familie und der Allgemeinheit veründigen.

An diese Kollegen wenden wir uns mit der Aufforderung, sich schleunigst anzuschließen dem Gewerksverein der Deutschen Tischler (Sachreiser) und verwandten Berufsgenossen.

Jede gewünschte Auskunft, sowie Statutenblätter, Flugblätter usw. wollen man fordern vom Bureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Der britische Arbeitsmarkt im Jahre 1906.

Mit gewohnter Schnelligkeit hat die britische Statistik bereits die vorläufigen Ergebnisse des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahre zusammengestellt. Im ganzen war das Berichtsjahr eine Zeit günstiger Konjunktur für die britische Industrie. An dem Aufschwunge konnten die Arbeiter ebenfalls erheblichen Anteil nehmen, wenn wir auch gleich hier anführen wollen, daß ein nicht unerheblicher Teil ihrer Lohnerhöhungen durch Steigerung der Lebensmittelpreise wieder absorbiert wurde. Nur die Zuckerpreise hatten sich stark erniedrigt, auch einige Arten von Getreide, während dagegen die Fleischpreise, besonders die von die Höhe der deutschen Preise für Fleisch erreichten sie bei weitem nicht, diesen gegenüber waren die erhöhten englischen Preise noch wahrlich gering.

Am erfreulichsten ist die Abnahme der Unbeschäftigten, wozu nach der britischen Statistik auch die Streikenden und Ausgesperrten gehören. Diese Zahl belief sich auf 4,1 pCt. der Mitglieder der Trade Unions, welche entsprechende Angaben machten und deren Zahl ungefähr 600 000 betrug. Diese Ziffer ist nahezu gleich dem Durchschnitt der Unbeschäftigten während der letzten zehn Jahre (4,04) und ist die niedrigste seit dem Jahre 1901 mit einer Zahl von nur 3,8 pCt., während die günstigste, das Jahr 1899, gar nur 2,4 pCt. Unbeschäftigter aufwies. Die beiden letzten Vorjahre ergaben dagegen 5,4 bezw. 6,5 pCt. Der Streik im Schiffbauergewerbe am Clyde erhöhte die Ziffer der Unbeschäftigten gegen Ende des Berichtsjahres. Sonst hatten namentlich die großen Stapelindustrien des Reiches einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen; nur im Baugewerbe blieb, trotzdem auch hier die Konjunktur nicht unangenehm war, der Stand des Arbeitsmarktes in dieser Branche bis zum Ende des Berichtsjahres ein unbefriedigender. Jedenfalls aber hat die Nichtbeschäftigung im Vergleich zu den Vorjahren erheblich abgenommen.

Nicht minder bedeutsam ist die Aufwärtsbewegung der Arbeitslöhne, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1905 begann und sich durch das ganze Berichtsjahr fortsetzte. Vom Jahre 1896 bis 1900 hatten sich die Arbeitslöhne in Großbritannien in immer härterer Progression gewaltig gesteigert. Die Zunahme des letzten erwähnten Jahres gegenüber dem Vorjahre erstreckte sich auf nicht weniger als 1110 000 Arbeiter und belief sich auf die erhebliche Summe von mehr als 4 Millionen Mark Wochenlöhne, für das Jahr also um mehr als 200 Millionen Mark, wobei auch die Lohnreduktionen mit aufgerechnet waren. Von da ab seit ein stetiger Rückgang der Löhne ein, der sich aber stetig verringert und im Jahre 1905 nur die unbedeutende Summe von 80 000 Mk. Wochenlöhnen erreicht und nunmehr im Berichtsjahre einer Lohnsteigerung um 1,2 Millionen Mark Wochenlohn Platz gemacht hat, welche sich auf weit über 1 Million Arbeiter erstreckte. Nur relativ geringe Arbeitergruppen im Baugewerbe, in Steinbrüchen und kleinen Metallgewerken erlitten ganz geringfügige Lohnminderungen. Dagegen gegenüber stehen namentlich die Lohnsteigerung von 421 000 Bergarbeitern, die sich auf mehr als 514 000 Mk. Wochenlohn erhob, während das Vorjahr eine beträchtliche Abnahme aufwies; dann die Erfolge von 392 000 Textilarbeitern im Betrage von mehr als 1/2 Million Mark, die von Arbeitern im Schiffbauergewerbe, deren Zahl sich auf nahezu 150 000 belief, im Betrage von 170 000 Mk., und von 60 000 Eisen- und Stahlarbeitern im Betrage von mehr als 80 000 Mk., ähnlich, wenn auch in geringerer Maßnahme, durchgängig in allen anderen Berufszweigen. Nur 5000 Arbeiter erlitten im Berichtsjahre Lohnreduktionen, deren Gesamtsumme 10 000 Mk. Wochenlohn betrug.

Sehr erfreulich und der jungen Politik der Trade Unions in erster Reihe zu verdanken ist der Umstand, daß im Berichtsjahre trotz der guten Konjunktur für 52 000 Arbeiter die Arbeitszeit gleichzeitig um nicht weniger als 84 000 Stunden ermäßigt werden konnte, wenn man dagegen die gleichzeitige Erhöhung derselben aufrechnet.

Dagegen ist weniger erfreulich, daß von einer härteren Zunahme der Arbeitsfreigabe im Jahre 1906 zu berichten ist. Namentlich gegenüber den

beiden Vorjahren mit ihren allerdings relativ geringfügigen Streikziffern ist diesmal eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der davon betroffenen Arbeiter belief sich auf mehr als 1 1/2 Millionen gegen nur 93 000 bzw. 87 000 in den beiden Vorjahren und gegen nur 178 000 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Dagegen hat sich zwar die Streikdauer auf nahezu 3 Millionen Arbeitstage erhöht gegen die in den beiden Vorjahren von 2,5 bezw. 1,5 Millionen Arbeitstagen, insofern blieb diese Ziffer doch bedeutend zurück gegen die ungeheuer lange Dauer der Streiks in den Jahren 1896-1900, die sich auf mehr als 7 Millionen Arbeitstage erstreckte und im Jahre 1898 gar die ungeheure Zahl von über 15 Millionen Tagen erreichte. Die größte Zahl der streikenden Arbeiter entfiel auf die Berg- und Steinarbeiter, nämlich über 85 000, die jedoch nur etwa über 900 000 Tage im Auslande verlebten. Die längste Dauer hatte dagegen der Ausstand der 41 000 Arbeiter im Schiffbauergewerbe, besonders am Clyde, der mehr als 1,1 Million Arbeitstage währte. Sehr beträchtlich waren auch die Streiks von 75 000 Textilarbeitern mit nahezu 800 000 verlorenen Arbeitstagen und die von nur 1600 Bauarbeitern, der sich aber 59 500 Tage hinzog. Auch der Ausstand von fast 9000 Schneider dauerte fast 89 000 Tage. In anderen Gewerben wurden eben falls relativ hohe Ziffern erreicht. Wir sehen immerhin im Vergleich mit den oben angeführten Ziffern der Lohnbewegung, daß diesmal wesentlich in den Gewerben der Berg- und Steinindustrie nur durch Ausstände Lohnerhöhungen erzielt wurden, während sonst diese auf dem Wege der Vereinbarung oder durch Tarife auf gleichem Lohnstala erreicht werden konnten.

Weiter fehlen noch die Angaben über die Lohnveränderungen, die auf diesem friedlichem Wege erzielt wurden.

Alles in allem weist der Stand des großbritannischen Arbeitsmarktes befriedigende Züge auf, wie denn die Handelsbilanz in diesem freihändlerischen Lande im letzten Jahre überhaupt eine glänzende ist. Aber die erzielten Gewinne der Arbeiterbevölkerung, die gerade vor allem einer bald wieder erstarbenden Organisation in erster Reihe zu verdanken sind, lassen sich in keiner Weise vergleichen mit den bestehenden Verbesserungen in der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters, die durch die ganz ertorbante Preissteigerung, namentlich aller Lebensmittel, mehr als aufgewogen werden. Dafür hat auch Großbritannien eine achtunggebietende Organisation der Arbeiter in seinen Trade Unions, an welche die unsrige leider noch nicht heranreicht.

Zum Verbandstage.

Vor allen Dingen wird die Hauptaufgabe darin liegen, den Zentralrat so zu gestalten, daß er rasch funktioniert. Da wäre der Vorschlag des Kollegen E. Grode zu beachten. Auch betrifft der Ausbreitungsverbande schließe ich mich den Kollegen G. an. Die Politik gehört in eine neutrale Organisation nicht hinein, doch sollte man es dem Ermessen der einzelnen Ortsverbände überlassen, ob nach Lage der lokalen Verhältnisse ein Eingreifen vorteilhaft erscheint oder nicht. Was nun den Punkt Presse anbelangt, so müßte es meiner Ansicht nach nur heißen: „bis hierher und nicht weiter“. Frieden hilft nichts mehr. Aus der Krise muß ein neuer Hahnri entfallen. Mit Recht wird unsere Neutralität in politischer und realitätlicher Beziehung hervorgehoben und ist es nun eigentlich selbstverständlich, daß eine Zeitung, die sich „Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine“ nennt, alles vermeiden sollte, was mit diesem Standpunkt nicht vereinbar ist. Redakteur, Kollege Goldschmidt, ist als Abgeordneter der freisinnigen Partei in den Landtag gekommen und nicht weil er Gewerksvereiner ist. Wenn er da eine Rede hält, so geschieht es immer vom Standpunkt der freisinnigen Partei, da kann dem Kollegen Goldschmidt nun weiter kein Vorwurf daraus gemacht werden. Aber ganz energig müssen wir dagegen protestieren, daß unser Zentralorgan dazu benutzt wird, um Klämme für den freisinnigen Abgeordneten Goldschmidt bezw. die freisinnige Partei zu machen. Wir sind neutral und wollen es bleiben, denn daran liegt für die Gewerksvereine ein nicht zu missendes Verbumittel. Von den Reden des freisinnigen Abgeordneten Goldschmidt ließ man das wichtigste in der Tageszeitung und auch früher als im „Gewerksvereiner“, da derselbe noch keine Tageszeitung ist. Außerdem haben wir in unseren Reihen viele Mitglieder, die sich für die freisinnige Partei nicht erwärmen können und wahrscheinlich kann man darin mit einem Grund sehen, warum der „Gewerksvereiner“ noch so wenig abonniert wird. Um nun eine Presse zu schaffen, wie sie für die Gewerksvereine nötig ist, braucht man nicht der Fata morgana einer Tageszeitung nachzulaufen, sondern man sollte einen Weg beschreiten, welcher meines Erachtens die goldene Mittelstraße wäre. Jeder Gewerksverein hat ein eigenes Organ, sogar die Frauen und Mädchen. Diese Blätter sind heute kaum noch als ersetzungs-

bereitigt anzulegen; Grund dafür, weil die Ereignisse, die sie bei ihrem Erscheinen den Lesern mitteilen, schon längst überholt sind, da einige nur alle acht, andere sogar erst alle 14 Tage erscheinen. Da muß der Hebel angefaßt werden. Diese einzelnen Organe müßten zu einer Zeitung (Gewerksverein) gemacht werden, welche vor der Hand dreimal wöchentlich zu erscheinen hätte. Hierzu liefern die bisherigen Redakteure der einzelnen Gewerksvereine ihre speziellen Artikel; für den Leitartikel wird sich auch jemand finden. Diese Zeitung müßte in einer eigenen Druckerei, welche außerdem sämtliche Aufträge der einzelnen Gewerksvereine und der in Berlin und in Betracht kommenden Umgebung bestehenden Ortsverbände bzw. Vereine erhalten. Die meisten Generalräte werden in absehbarer Zeit wohl ihren Sitz in Berlin bekommen, und spricht diese Tatsache viel dabei mit. Zur Aufsicht über die Presse müßte eine besondere Kommission gesetzt werden.

Wir wollen hoffen, daß der Verbandstag aus den an dieser Stelle gemachten Vorschlägen der einzelnen Kollegen den richtigen Weg findet, durch welchen die Worte: „das 20. Jahrhundert gehört den Gewerksvereinen“, zur Tatsache werden.

Richard Korten jun., Spandau.

Allgemeine Hundschau.

Dienstag, 26. März 1907.

Im Herbst d. J. wird in Frankfurt a. M. eine Ausstellung stattfinden, die ein Bild der Heimarbeit in dem von Rheinpfalz und dem Gebirgen Westerwald, Vogelsberg, Rhön, Spessart und Odenwald umgrenzten Wirtschaftsgebiet geben will. Im einzelnen sind folgende Verwaltungsbereiche, die in Betracht kommen: das ganze Großherzogtum Hessen; im Reg.-Bezirk Rastatt: Fulda, Gelnhausen, Gerfeld, Hanau-Stadt, Hanau-Land, Hünfeld, Kirchhain, Marburg und Schöfflarn; der ganze Reg.-Bezirk Wiesbaden; im Kreis Unterfranken und Hochschwarzwald: Alzenau, Altschaffenburg, Brühlmanns, Gemünden, Hammelburg, Rittingen, Vöhr, Weiskirchen, Wittenberg, Neustadt a. d. S. und Obernburg; in Baden: Bensheim, Heidelberg, Eberbach, Buchen und Wertheim; in der Rheinprovinz: Koblenz, Neuwied, Altenkirchen und Wehlart; im Großherzogtum Sachsen-Weimar: Dornbach; in Weiskalen der Kreis Siegen.

Angeregt ist die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung durch die Berliner, die im vorigen Jahre stattfand. Für die Frankfurter Ausstellung sind aber zwei neue Gesichtspunkte maßgebend: es wird vollständige Objektivität erstrebt, indem Arbeiter und Arbeitgeber zur Mitarbeit herangezogen werden, und man beabsichtigt, die Sache durch einen großen Stadtwissenschaftlichen Mitarbeiter wissenschaftlich zu vertiefen. In diesem Zwecke wurden Fachauschüsse für die einzelnen Zweige der Heimarbeit gebildet, deren jeder aus einem wissenschaftlichen Leiter, eventuell mit geeigneten Hilfspersonen, und aus mindestens je einem Arbeitgeber und einem Arbeiter besteht.

Zwar ist der Geschäftsstelle der Ausstellung aus der Literatur, durch Behörden und Private schon eine große Anzahl von Heimarbeitsschriften bekannt, die in dem erwähnten Wirtschaftsgebiet vorkommen, aber sicher ist noch eine Anzahl vorhanden, die sie nicht kennt. Die Geschäftsstelle wäre daher für Hinweise dankbar, und sie bittet daher Personen, die sozialpolitisches Interesse besitzen und unparteiische Auskunft zu geben geneigt sind, ihr möglichst bald über folgende Punkte Mitteilungen zu machen:

1. Welche Zweige der Heimarbeit bestehen am Orte des Mittelenden oder in der näheren Umgebung?
2. Wo haben die Firmen ihren Sitz, wo befinden sich die Arbeiter?
3. In welchem Umfange wird dort die Heimarbeit betrieben?

Die Mitteilungen, möglichst genau und bald, werden erbeten an die Geschäftsstelle der Heimarbeit-Ausstellung, Frankfurt a. M., Jägerhaus, Jordanstraße 17—21.

Not der Leute auf dem Lande. Ueber die Not auf dem Lande wird viel geklagt. Gegenüber diesen Klagen ist eine Mitteilung von Interesse, die der „Oberelan Courier“ aus dem Wahlkreis Weiskalen-Gruppen zugegangen ist:

Auf der Eisenbahnstraße von Straßburg bis Jaspel, wo ein zweites Weiskalen gebaut wird, arbeiten vor der letzten Ralte eine Anzahl Arbeiter aus der dortigen Gegend. Da infolge des Eintritts der rauhen Witterung jedoch sämtliche Arbeiten eingestellt werden mußten, wurden die Arbeiter entlassen. Als dann der Eintritt der kalten Witterung die Arbeiten wieder aufgenommen wurden und diese Leute sich zur Wiederannahme meldeten, wurde ihnen erklärt, die Stellen seien sämtlich durch russische Arbeiter besetzt und es könne noch ein weiterer Transport. Tatsächlich sind dann etwa 50 russische Arbeiter, Männer und Frauen, mehrere Wochen beschäftigt worden. Nun ist kein weiterer Arbeit vorhanden. Auf den Wätern werden jetzt keine Arbeiter eingestellt, teils weil sie bei der letzten Beschäftigung liberal gewöhnt haben, teils weil auch dort russische und galizische Arbeiter eingang sind worden. Auf der Domäne Segobadenband werden sogar strimmgelungene beschäftigt. Auf dem Wätern wurde dort bisher pro Tag nur 1 Mt., während

1.25 Mt. bezahlt, wogegen die Arbeiter auf der Bahn mit 35 Pfg. pro Stunde gelohnt wurden, das macht bei neunstündiger Arbeitszeit 3,15 Mt.

Das ist keine Not, wohl aber eine Not der Leute, verursacht durch den Staat, der die Arbeitsstellen deutscher Arbeiter durch fremde Arbeiter belegen läßt.

„Deutschland in der Welt voran.“ In der französischen Zeitung „L'clair“ wird ein Industrieller für einen „allgemeinen Arbeitgeberverband“ auf Deutschland hinweist, wo die Arbeitgeberverbände und ihre einheitliche Zusammenfassung bedeutsame Ergebnisse erzielt hätten. Bekanntlich danken die deutschen Unternehmer diesen Erfolg der sozialdemokratischen Kampfmethode. Als die Textilarbeiter in Grimnitzkau streikten, da hieß es in der sozialdemokratischen Presse, daß der Kampf sich nicht drehe um die „unbedeutende“ Frage der Arbeitszeitverkürzung, sondern um die Erlangung der Macht des Proletariats, die nur im Klassenkampf entschieden werden könne. Diese, die praktischen Forderungen der Arbeiter zu einem politischen Kampfweg umzuwandeln, die Streikaktivierte die Zusammenfassung der Unternehmer zu einem allgemeinen Arbeitgeberverband in Deutschland. Wenn die sozialdemokratische Presse aufhören wollte, sich einzumischen in die Kämpfe der Arbeiterorganisationen, dann wäre der Arbeitersache damit ein großer Dienst erwiesen!

Arbeiterbewegung. In Berlin wollen auch die Zuschneider und Zuschneiderinnen in eine Lohnbewegung eintreten. Sie verlangen einen Mindestlohn von 36 Mt., aufsteigend bis 42 Mt., außerdem einen paritätischen Arbeitsnachweis, achtstündigen Arbeitstag, Regelung der Kündigungsfrist, Befestigung der Kontraktengläubigkeit und der Lieferungen und Einführung eines Sommerlaubs. — Die Maler und Anstreicher in Frankfurt a. M. streiken ebenfalls in einer Lohnbewegung. Sie fordern für 9stündiger Arbeitstag bis 51. März 1908 für Gehältern über 20 Jahre 55 Pfg., unter 20 Jahren 44 Pfg. Stundenlohn. Vom 1. April 1908 ab soll derselbe pro Stunde um 2 Pfg. höher sein. — Der Streik der Möbeltransportarbeiter in Berlin dauert trotz des rührerischen Unzugstermins mit unerminderter Festigkeit fort. — Der Fabrikbetriebsverein in Hamburg hat beschlossen, für Arbeiter, die entlassen sind, einen Kontrakt einzugehen, Tag- und Nachtarbeit einzuführen, um auf diese Weise eine allzulange Arbeitszeit zu vermeiden. Man hofft auf diese Weise zu einer Einigung zu gelangen. Inzwischen aber nimmt die Zahl der entlassenen Arbeiterwilligen von Tag zu Tag zu. — In W. Gladbach ist in der Textilbranche eine Einigung erzielt, so daß am gestrigen Montag in sämtlichen Betrieben die Kündigung wieder zurückgezogen worden ist. Die Weber erhalten eine Prozentige Lohnerbhöhung, und so ist die Gefahr einer Ausbreitung noch in letzter Stunde glücklich beseitigt worden. — Der Kampf im Schneidergewerbe wird voraussichtlich noch eine weitere Ausdehnung erfahren. Am Montag ist nämlich der Hauptverband des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe in Berlin zusammengetreten, auf dessen Vorschlag hin dann die Berliner Generalversammlung beschloß, die Generalausperrung sämtlicher organisierter Hilfswesen vorzunehmen, wenn diese nicht ohne weiteres sich den vom Unternehmerverband aufgestellten Bedingungen unterwerfen und am Dienstag früh überall die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Herrenschneider in Wien haben beschlossen, zunächst die Arbeit wieder aufzunehmen, um am Dienstag nach Osterreich oder von neuem in den Ausstand zu treten, wenn die Arbeitgeber bis dahin in der Lohnfrage kein Entgegenkommen gezeigt hätten. — In Bevey (Schweiz) ist es zwischen Endarmen und unabhängigen Schokoladenarbeitern, welche in eine Fabrik eindringen wollen, zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen, bei dem auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet wurden.

Die „tolerante“ Partei! Die „Weser-Zeitung“ in Bremen hatte zahlreiche Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus angeführt. Die sozialdemokratische Bremer „Bürger-Zeitung“ macht darauf alle Schützen an ihrem großen Kessel gut durchgetohter Schimpfereien, erklärt dann aber:

„Einer kommt es vor, daß einzelne Arbeiter sich so benehmen. Aber was kann die Sozialdemokratie dafür? Hat sie je gelehrt oder kann man ihr aus ihrer über 40jährigen Geschichte auch nur einen Beispielfall vorhalten, der beweise, sie hätte ihre Anhänger je zu solcher Unbedachtsamkeit angehalten oder erregt? Im Gegenteil! Es gibt keine Partei, die so tolerant gegen Andersdenkende wäre als die Sozialdemokratie.“

So, nun wissen wir es! Die Sozialdemokratie ist ganz unschuldig, denn keine zweite Partei ist so tolerant gegen Andersdenkende wie diese. Wer es glaubt, bekommt einen Laler.

Die Geschäfts der Schrammer besorgt wieder einmal ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan. Der „Bauchhillsarbeiter“ äußert sich nämlich über die Tarifverträge wie folgt:

„Wer meinen sollte, der Tarifvertrag sei ein absolutes Mittel, den Streit zu verhüten, der wird freilich nicht auf seine Rechnung kommen. Die Zahl der Streiks, ihre in kurzen Fristen auftretende Wiederholung wird naturgemäß durch das paritätische Uebereinkommen verringert, was die Erfahrung nicht nur in der englischen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch die letzte Zeit im Deutschen Reich deutlich gezeigt hat. Hierbei wird nun freilich unklar errichtet, daß die Gewerkschaft einer bestimmten Branche Zeit und Ruhe zur Entwicklung und zu einem tieferen Ausbau gewinnt, um dann, wenn es wirklich einmal zum Kampfe kommt, um so getriebener und schlagfertiger dem Gegner gegenüberzutreten zu können. Denn darüber, daß heftige Kämpfe den Gewerkschaften auch im Zeitalter der Tarifverträge bevorstehen, hat man sich wohl nicht zu täuschen. Kommt es gerade hier einmal wegen tierischen-schreibender Fragen, über die man sich am liebsten im Wege nicht zu einigen vermocht hat, zum Kampfe, dann wird dieser um so hartnäckiger geführt werden müssen, und auf beiden Seiten der Kämpfenden spielt sich die Frage zuwellen auf eine Kraftprobe zu.“

Es hält unendlich schwer, die Unternehmer dahin zu bringen, daß sie auf dem Fuße bürgerlicher Gleichberechtigung mit den Organisationen der Arbeiter verhandeln und die Arbeitsbedingungen vereinbaren. Wenn ihnen nun in einem Arbeitsblatt gesagt wird, daß die bewirkte Befähigung nur den Zweck hat, um nachher um so schärfer den Kampf führen zu können, dann lehnen sie es natürlich erst recht ab, verständiges Entgegenkommen zu zeigen. Der „Bauchhillsarbeiter“ würde wohl vernünftiger über diese Dinge urteilen können, wenn ihm nicht das Dogma vom Klassenkampf das Hirn verwirrt hätte.

Im Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar ist ein Antrag der Konterbanten eingegangen, die Regierung möge einen Orientierungspunkt zur Verhinderung des Kontraktbruchs der landlichen Arbeiter vorlegen. Hoffentlich erkundigt sich die Regierung vorher nach dem wohlverdienten Schicksal einer bezüglichen preussischen Vorlage.

In der Schweiz wird bekanntlich der Streik des Militärs angefochten. Die sozialdemokratischen Nationalräte H. Scherrer und Brüllein hatten im Nationalrat sich dahin ausgesprochen, daß unter gewissen Umständen J. D. bei Krawallen die Verwendung des Militärs zugelassen werden könne. Auf dem Parteitag in St. Gallen sollte nun Herr Brüllein zur Verantwortung gezogen werden. Er beantwortete diese Einladung mit einem offenen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

Der Beschluß von Zürich und Olten erschien mir als der aber das Ziel schließende Ausdruck eines richtigen Einbruchs. Die Truppenangehörer sind zur Niederwerfung von Streiks mißbraucht worden, das wissen wir, wir wissen auch, daß dieser Mißbrauch sich wiederholen kann. Dagegen die Forderung: kein neues B. d. r. f. g. das nicht jedes Truppenangehörer in Streikfällen absolut verbotet. Das ist eine realistische Lösung, aber nicht eine probante. Sie mutet der Staatsgewalt zu, auf das wirksame Mittel ihrer Selbstbehauptung zu verzichten; die organisierte Wehrheit soll in einem gewissen Maße, wie kritisch er auch immer sich stelle, vor einer organisierten oder viellecht auch unorganisierten Widerheit abhandeln; das kann, das tut keine Staatsgewalt; das werden auch wir nicht tun, wenn wir einmal am Ruder sind.“

Der Grüttlerverein Kängasse-Bern hat in dieser Angelegenheit folgende Resolution gefaßt: „Die Haltung der Genossen H. Scherrer und Brüllein freit allerdings nicht im Einklang mit dem Oltsener Parteitagbeschlusse. Der Grüttlerverein Kängasse-Bern bedauert im hohen Maße, daß die angegriffenen Genossen bei jenem Parteitagbeschlusse ihre abweichende Stellungnahme nicht zum Ausdruck gebracht haben, damit schon damals hätte ein Beschluß gefaßt werden können, der sich innerhalb der Grenzen des Erreichbaren bewegt hätte. Dessen ungeachtet billigt der Verein die Haltung der beiden Genossen im Nationalrat vollständig, weil wir die Beurteilung, solange sie die Macht im Staate besitzt, vergeblich ersuchen, auf ihr heute noch sicherstes Wadtmittel zu verzichten. Zudem würden wir uns keine Vertreter als freie Männer und übertragen ihnen kein gebundenes Mandat, wie es zu den Zeiten der alten Tagelager der Jost war.“

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Görlitz.
Das Jahr 1906 war ein Jahr reger Arbeit. Nicht immer fand diese Arbeit den entsprechenden Lohn, was uns aber nicht entmutigt. Es geht vorwärts! Wir sind überzeugt, daß die Erkenntnis in der Arbeiterheit zunimmt, daß nur durch den Zusammenhalt der Arbeiter in Gewerksvereinen die Zustände gebessert werden können. In alle Richtungsrichtungen muß immer wieder der Ruf gerichtet werden, in die Organisation der unabhängigen Gewerksvereine einzutreten.
Unser Ortsverband begann seine Arbeit gleich am 2. Januar mit einer Vertreterversammlung. Dieser ersten sind im Laufe des Jahres noch weitere 11 Vertreterversammlungen gefolgt. Außerdem fanden statt 4 ordentliche und 3 außer-

ordentliche Versammlungen, 6 kombinierte Versammlungen und ein Ortsverbandsschiedsgericht. In der ersten öffentlichen Versammlung sprach Neustädt-Berlin über die Gewerbetätigkeit und die Verhältniswahlen. Die zweite Versammlung befasste sich mit dem Bieranstoß. In der dritten sprach Reich u. d. Spremberg über den Gewerbetätigkeit der Textilarbeiter. Die letzte Versammlung nahm Stellung zu den sogenannten freien Gewerkschaften. Dem Vergnügen war gewidmet ein Kinder- und Gartenfest, das einen prächtigen Verlauf nahm. Dem Ausschuss gelang es, einen neuen Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter in See bei Riesa zu gründen. Der neue Verein zählt 35 Mitglieder. In Verfolg des Beschlusses vom Kollegen Neustädt haben wir uns an den Magistrat gewendet um Einführung der Verhältniswahl für das Gewerbsgericht. Der Magistrat hat unsern Antrag bereitwillig zugestimmt. An der Aufstellung der Schöffensliste haben wir uns gleichfalls beteiligen können. Drei unserer Kollegen sind in die Schöffensliste eingetragen worden. Wir beteiligten uns auch an der Stadterordnetenwahl, zumal einer unserer Kollegen bereits zum Stadterordneten gewählt wurde. Die letzte Sitzung am 30. Dezember nahm zur Reichstagswahl Stellung und stimmte der Resolution des Zentralrats zu.

Wage nun auch das neue Jahr und wieder ein Glück weiter bringen. Alle Verbandsangehörigen sollten mit Eifer an der Arbeit teilnehmen und in Emsigkeit und Ertre unsere große Sache fördern helfen, dann werden sich die Ziele unserer Organisation mehr und mehr verwirklichen lassen.

Ortsverband Riel und Umgegend.

Berlin wir einen Rückblick auf das verfloffene Jahr, so müssen wir uns sagen, daß es auch für uns dieser Kollegen kein Jahr des Ruhens und der Rast war. Die Geschäftstätigkeit entfaltete sich wie folgt: Es wurden 6 Versammlungen, 8 Ausschüssungen und 4 kombinierte Sitzungen abgehalten. Die Beteiligung an den Versammlungen war eine zufriedenstellende. Am 8. März eine öffentliche Gewerkeversammlung im Kaiserhof Saal abgehalten, in welcher der hiesige Kollege J. J. J. J. referierte. Hier handelte es sich darum, die Angriffe der freien Gewerkschaften zurückzuweisen. Bezirksleiter F. J. J. J. J. war auch zugegen. Über beiden Rednern war es nicht möglich, zu einer freien Aussprache zu gelangen, denn die freien Gewerkschaften verweigerten ihre Bildung und Ordnung, so daß von unserer Redner Range konstatiert wurde, es lieber mit einer Egar wider Herrmann über zu tun zu haben, als mit solchen Leuten der roten Couleur, welche angeblich für Freiheit und Recht eintreten. Zu der am 26. März stattgefundenen Ortsverbandversammlung war es dem Ausschuss gelungen, den Herrn Rechtsanwalt Dallrop aus Gauden zu einem Vortrag über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu gewinnen. Die zahlreiche besuchte Versammlung folgte gespannt den klaren, verständlichen Ausführungen des Referenten. In der am 28. März abgehaltenen Versammlung referierte Kollege J. J. J. J. J. über: Welche Maßnahmen haben wir in der jetzigen Wirtschaftskrisis zu treffen? Auch wurde in dieser Versammlung der Standpunkt des Zentralrats der Maschinenbauer in der Stellung zu den freien Gewerkschaften einstimmig gutgeheißen.

Zu der am 28. Juni stattgefundenen Versammlung referierte Kollege J. J. J. J. J. über Gewerbe- und Schiedsgerichtsbarkeit. Ferner wurde bei der Stadterordnetenwahl am 8. November, wo sich der Ortsverband auf Anregung des Ausschusses mit den bürgerlichen Parteien vereinte, Kollege E. J. J. J. J. J. als Stadterordneter gewählt. Es ist dies als ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Auch bezieht man sich von Anfang bis zu Ende des Jahres mit Verhandlungsbereitschaften, was zeitweise zu schweren Auseinandersetzungen führte. Es wurde ein neuer Verein der Maschinenbauer in Dietrichsdorf Neumühlen ins Leben gerufen, welcher sofort seinen Beitritt zum Ortsverband erklärte. Auch der noch ferngehabene Verein der Schiffbauarbeiter Bellingdorf erklärte seinen Beitritt.

Kollegen, nur durch ein kräftiges Zusammenarbeiten kann etwas Großes geschaffen werden; darum auch in diesem Jahre nicht ruhen. Stelle jeder Kollege seine ganze Kraft in den Dienst unserer guten Gewerkschafts Sache, so werden wir auch am Ende dieses Jahres reiche Früchte dafür zu verzeichnen haben.

Karl Dietrich, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Cuttung über eingezahlte Beiträge für die Verbands- und Organisationspro Dezember 1906.
Bauhauwerker: Generalrat 524,08. Bergarbeiter: Generalrat 872,32. Bildhauer: Generalrat 135,38. Deutsche Frauen: Generalrat 194,40. Fabrik- und Handarbeiter: Berlin V 9,46. Hüttenhilf 1,66. Graphische Berufe: Generalrat 151,92. Kaufleute: Generalrat 1596,97. Raddarbeiter: Generalrat 90,14. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Generalrat 7866,56. Elbing 11,66. Schiffbauarbeiter: Generalrat 64,08. Schneider: Berlin II 2,60. Schuhmacher und Lederarbeiter: Generalrat 754,00. Tischler: Generalrat 559,92. Berlin 3,24. Elettin 7,00. Tischler: Generalrat 483,02. Wagner: Hamburg 31,64. Berlin 64,65. Elettin 8,00. Klempner: Berlin 16,45. Privat: Pagen-Röll 5,85. Brau- & Jäger-Berlin 6,00. Elettin 4,60. Köpfer-Berlin 3,00. Kaufleute: Deutsche Friedensgesellschaft 24,00. Deutsche Druckerei 69,45. **Gesamt 13 451,50 RM.**

Januar und Februar 1907:
Bauhauwerker: Charlottenburg 2,68. Jäger- und Tabakarbeiter: Generalrat 197,81. Deutsche Frauen: Generalrat 85,80. Jäger- u. Handarbeiter: Generalrat 2295,76. Elbing 1 2,60. Bitterdorf 0,70. Eptolau 2,70. Graphische Berufe: Generalrat 182,00. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Berlin II 15,84. Dessau 1,95. Elettin 6,50. Elettin 11 3,61. Oberwengern 1,30. Elettin 18,00. Berlin 7,50. Berlin 18,00. Salene 1,95. Schneider: Generalrat 584,86. Berlin I 2,60. Berlin III 2,60. Berlin 8,45. Bildhauer 0,68. Stahlarbeiter: Generalrat 785,32. Tischler: Berlin 3,24. Bild-Berlin 0,88. Bittberg-Berlin 0,88. Dresden 1,95. Tischler: Dantzig 6,00. Schiffbau Berufe: Potsdam 24,25. Wagner: Berlin 35,21. Privat: Berlin der bergbaulichen Arbeiter 6,00. Bildh. Arbeiter: Post 0,40. Raabe-Berlin 1,71. Wurfische & Berndt

3,00. Quackhoff-Wagen 3,00. Giffel-Berlin 4,05. Meffert-Wagen 0,65. Emtra-Berlin 0,65. Dabrad-Ritter 0,88. Soget-Berlin 3,00. Bad-Berlin 3,00. R. Müller-Berlin 3,50. Köpfer-Berlin 3,00. Gattawitz-Berlin 3,32. Karde-Berlin 1,00. Berger-Sträß 3,32. Göttdamer-Berlin 3,00. Wägen- u. Ober-Struß 2,40. Gammma 4287,37 RM. Jäger- u. Handarbeiter: Berlin 4,00. Brau- u. Jäger-Berlin 4,60. Hoffmeister-Blauau 1,75. Ernst-Wagdeburg 1,75. Fahrradwerke-Bittau 4,25. J. & E. Du-Röll 4,40. Ringe-Berlin 1,00. Maschinenbau- u. Metallarbeiter-Berlin VIII 4,05. Maschinenbau- u. Metallarbeiter-Berlin II 2,00. Maschinenbau- u. Metallarbeiter-Berlin 1,30. Berliner Regionalverband 2,60. Raddarbeiter-Berlin 5,80. Ortsverband Elettin 3,00. Giffel-Berlin 17,05. Ortsverband Leipzig 2,50. Süddeutscher Ausbreitungsverband 3,20. Maschinenbau-Ritter 2,40. Oestromischer Giffel-Berlin 2,60. Ortsverband Bayern 0,50. Strauß- u. M. Hoff-Berlin 45,63. **Gesamt 156,96 RM.**
Berlin, im März 1907.
R. Klein, Verbandssekretär.

Berlin, Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 Uhr 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/222. Die nächsten beiden Sitzungen fallen aus. Die erste Sitzung nach dem Ferien findet Mittwoch, den 10. April, 8 1/2 Uhr, statt. Der Vortrag des Kollegen Ritz über den bevorstehenden Ortsverbandstag, abends 8-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal) abends 8-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine I. ab. 8-10 Uhr. Jahlabend bei Jahn, Reichsstr. 79 und Schumann, Brunnenstr. 119. - Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Abends 8 bis 10 Uhr. Jahlabend, Dienstag, 3. Osterfesttag, 2. April, morgens 9-9 1/2 u. 10 Uhr, Befreiung der Zentrale Giffel-Berlin. Treffpunkt bei Jahn. Frauen und Kinder sind hier besonders willkommen. - Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII. Abends 8 Uhr. Versammlung fällt aus. Jahlabend bei Jahn, Brunnenstr. 41. Uebungsstunde. - Maschinenbau- u. Metallarbeiter IV. Am 2. Osterfesttag, vorm. 10 Uhr, Uebungsstunde im Bezirkslokal Deyer, Zeltowerstr. 3. Am 3. Osterfesttag, vorm. 11 Uhr, gemeinschaftlicher Besuch des Berliner Quartetts. Eintritt 25 Pf. Gäste willkommen.

Orts- und Regionalverbände.
Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Bildh. Schulte-Mattler, Distriktsrat. - Nachen (Distriktsrat). Jeden Sonntag 9 Uhr Sitzung bei Salber, Jägerhof. - Elettin, Norddeutscher Ausbreitungsverband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr. Distriktsrat im Saal Engelle. Schifferstraße 9a. Gäste willkommen. - Gammma (Ortsverband). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. im Hüttenmanns Hotel, Poststraße, Distriktsrat. - Dessau, Wägen, Wägen (Ortsverband). Am 7. April, nachm. 4 Uhr. Ortsverbandstag. in Kollau im Gasthof zum Gyprien.

Anzeigen-Teil.

Gewerkverein der graphischen Berufe, Maler, Lackierer etc.
Bogen Beilage unseres Bureau nach
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22
bleibt dieselbe von Donnerstag, den 28. März, bis Donnerstag, den 4. April, geschlossen. Wir bitten, während dieser Zeit Besprechungen aller Art zu unterlassen und dann genau auf die neue Überset zu achten, damit keine Verzögerungen in der Zustellung der Postfächer entstehen.
Der Hauptvorstand.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22, ist folgende erschienen:
Die Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunder).
:: Eine kurzgefasste Geschichte ::
ihrer Begründung und Entwicklung
von
Karl Goldschmidt.
Berlin 1907.
Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 RM., 20 Exemplare 7 RM., 30 Exemplare 9 RM. und 50 Exemplare 12,50 RM.; Zusendung franco. Betrag vorher einzufenden an Verbandssekretär R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/22.

Ortsverein der Tischler Berlin.
Am 1. April (2. Osterfesttag):
Große Matinee
unter Mitwirkung des Sängerkorps der Deutschen Gewerksvereine im gr. Saale des Verbandsbureau, Anfang vormittags 11 Uhr. Eintrittspreis 30 Pfg. Willst du bei den Verwaltungsmittgliedern und den Bezirksleitern und im Bureau des Vereins zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Der schönste Ausflug ist nach
„Restaurant Wendenhof“
unter den Rüggebergen, an der Dahme und dem langen See gelegen. Für Vereine, Verbände, Gesellschaften, Klubs, Familien und Schüler angenehmer Aufenthalt, schöner, landschaftl. Garten, 4000 Sitzplätze, 2 große neue und 1 kleiner Saal, Glashallen, 2 Regelsportplätze, Ausspannung, Belustigungen!
Gelte mit den Vereinen bestens empfohlen!
E. Friedrich.
Bewirtpreder: Amt Rüpend 67.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Begleitkarten im Werte von 1,20 RM. beim Kollegen Emil Goldschmidt, Stettin, Bolwerk 22 im Laden.
Gammma. Allen durchreisenden Kollegen empfehlen wir Hüttenmanns Hotel, Poststraße (Gef. Hallenplatz). Auskunft bei Jahn.

Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine.
Mittwoch, 27. März,
abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Verbandsbureau, Greifswalderstraße 221/22,
Versammlung
von Vertretern der Ortsvereine u. Ausschüsse Berlin und der Vororte.
Tagesordnung: Welche Veranstaltungen geben die Ortsvereine aus Anlaß des Ortsverbandstages zu treffen? Wie Ausschüsse der Ortsvereine Berlin und der Vororte werden ersucht, einige Vertreter zu dieser Versammlung zu entsenden.
Das Bureau des Zentralrats.
Eduard Hartmann.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1906
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.
Goldbestellungen nur an Verbandsbureau
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Halle (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschehen zählt der Wanderausstellung 2. und 3. April, 8 1/2 Uhr, ab.
Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei Kollegen R. Klein, Reichsstr. 79.
Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei Kollegen R. Klein, Reichsstr. 79.
Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei Kollegen R. Klein, Reichsstr. 79.